



Meine Eindrücke beim Besuch im Bayerischen Landtag!

Unsere Gemeinderätin
Isolde Künstler

Auf Einladung des neuen SPD-Mitglieds des bayerischen Landtages Christiane Feichtmeier hatte ich die Gelegenheit, mit den Penzberger SPD-Senioren einen Tag im Landtag zu verbringen und mir einen Eindruck über Aufgaben, Ablauf und Stimmung zu verschaffen.

Nach einer strengen Ausweiskontrolle wurden wir von MdL Feichtmeier und ihrem Büroleiter freundlich empfangen, der uns auch den ganzen Besuchstag lang betreute. Mit einem gemeinsamen Mittagessen und einem informativen, unterhaltsamen Film über den Aufbau und die Organisation des Parlamentes und Gebäudes begann der Besuchstag. Nun folgte mit dem Besuch der Debatte im Plenum der spannendste Teil. Auf der Besuchertribüne herrschte aufmerksame, fast andächtige Stille, denn bei mir, wie bei den anderen Besuchern stellte sich ein gewisser Respekt vor den umfangreichen Aufgaben der Regierung und den Abgeordneten ein. Umso lauter war der Geräuschpegel, der von den AfD-Abgeordneten auf der rechten Außenseite kam. Für uns Besucher war das erschreckend und beschämend. Die Landtagspräsidentin Frau Aigner musste an diesem Tag wegen des turbulenten Auftritts dieser Partei mehrfach zu Ordnung rufen und eine Debatte dann gänzlich abbrechen. Den Beitrag von Christiane Feichtmeier zu Maßnahmen der inneren Sicherheit konnten wir dadurch leider nicht live hören, sondern dafür zwei interessante Debatten über den Antrag der SPD-Fraktion zu den geplanten Fördermaßnahmen zur Pisa-Studie und den Antrag der Grünen-Fraktion zu besserer Aufklärung über die gefährlichen

Weichmacher in Kinderspielzeugen. Leider hatte ich bei der Debatte das Gefühl, dass nicht um die beste Lösung für Land und Menschen gerungen wird, sondern im Plenum nur die Argumente der Parteien für die Öffentlichkeit wirksam vorgetragen werden, die Abstimmung aber bereits vorher klar war. Wie uns MdL Christiane Feichtmeier dann in der anschließenden großen Gesprächsrunde



Unsere Besuchergruppe im Landtag mit der Abgeordneten Christiane Feichtmeier (vorne 3. von links)

auch bestätigte, werden die Positionen in den Ausschüssen meist sachlich und ruhiger ausgetauscht und diskutiert und dann dem Plenum zur Abstimmung vorgelegt. Viele Anträge werden bereits in den stimmberechtigten Ausschüssen verabschiedet. Die abschließende Diskussionsrunde mit Christiane Feichtmeier nutzten dann die Teilnehmer, um Fragen und aktuelle Probleme aus ihren Stimmkreisen vorzubringen. Durch die intensiven Erfahrungen als Polizeihauptkommissarin in

vielerlei Funktionen erwies sich MdL Feichtmeier besonders bei Fragen zur inneren Sicherheit, z.B. Waffenrecht, Polizei, Feuerwehr als sehr kompetent und engagiert. Sie nahm die Anliegen in ihre Parlamentsarbeit gerne auf. Ein Besuch im Landtag ist höchst interessant und lehrreich und wir werden uns darum bemühen, auch für Iffeldorfer Bürgerinnen und Bürger weitere

Besuchstermine anzubieten. Wer sich umfangreicher informieren will, kann bereits jetzt das hervorragende, transparente Angebot der Internetseite des bayerischen Landtages nutzen. Sie haben u.a. die Möglichkeit, die vergangenen und aktuellen Sitzungen mit allen Redebeiträgen und Abstimmungen in Wort und Bild abzurufen unter:

[Bayerischer Landtag – Aktuelles – Plenum Online](#)

Isolde Künstler

Günther Bierl feierte seinen 80. Geburtstag!

Eine große Schar von Gratulanten aus Familie, Freundeskreis, Sportverein und Partei hat sich am 6. Februar 2024 im Hause Bierl eingefunden, um den Jubilar zu seinem 80. Geburtstag zu beglückwünschen.



Jahrzehntelang bewirtete er mit seiner Frau Gabi seine Gäste im Sportheim in Iffeldorf, allseits bekannt und eine Institution in Iffeldorf. Zuverlässig und mit viel Humor war er der „Wirt“ und hatte für viele Probleme und Bedürfnisse der Sportler immer eine Lösung parat. Als Mitglied des SPD-Ortsvereins kann er in diesem Jahr sogar noch ein weiteres Fest mit uns feiern, denn er ist bereits seit dem Jahr 1969, also seit 55 Jahren treues SPD-Mitglied. Bei der diesjährigen Mitgliederversammlung werden wir dies besonders würdigen. Engagiert, aber durchaus sehr kritisch verfolgt er schon lebenslang die wechselvolle Entwicklung der Partei im Land. In Iffeldorf hat er im Ortsverein immer konstruktiv mitgearbeitet und sich auch zu Wahlen für den Gemeinderat zur Verfügung gestellt. Bei den Stammtischen des SPD-Ortsvereins diskutiert er nicht nur vehement die aktuelle Politik, sondern trägt mit seinem unerschöpflichen Repertoire an Witzen zur allgemeinen Erheiterung bei. Wir wünschen Dir gute Gesundheit und dass du mit Zufriedenheit und Humor deine weiteren Jahre gestalten und genießen kannst!

Deine Genossinnen und Genossen vom SPD-Ortsverein Iffeldorf!

Mitgliederversammlung am Samstag, dem 25. Mai 2024

Kurz vor der Europawahl wollen wir uns gegen 18:30 Uhr im Bürgersaal zusammensetzen zu unserer SPD-Mitgliederversammlung des Ortsvereins Iffeldorf.



Unsere Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge (links) und unsere Landtagsabgeordnete Christiane Feichtmeier (rechts)

Als politisch sachinformierte Gäste haben sowohl unsere Bundestagsabgeordnete Carmen Wegge als auch unsere Landtagsabgeordnete Christiane Feichtmeier ihr Kommen signalisiert. Weitere Tagesordnungspunkte werden die routinemäßig erforderlichen Vorstands- und eine Delegiertenwahl sein.

Berlin, Berlin, wir fahren nach Berlin

Unsere SPD-Bundestags-Betreuungsabgeordnete Carmen Wegge aus Starnberg bietet wieder Fahrten nach Berlin an, die vom Bundespresseamt organisiert werden.

Die Kosten für An- und Abreise, Hotel und Verpflegung werden übernommen. Termin wäre vom 17. – 19. November 2024. Wer Interesse hat, kann sich voranmelden auf ihrer Website: www.carmen-wegge.de oder per E-Mail: carmen.wegge@bundestag.de

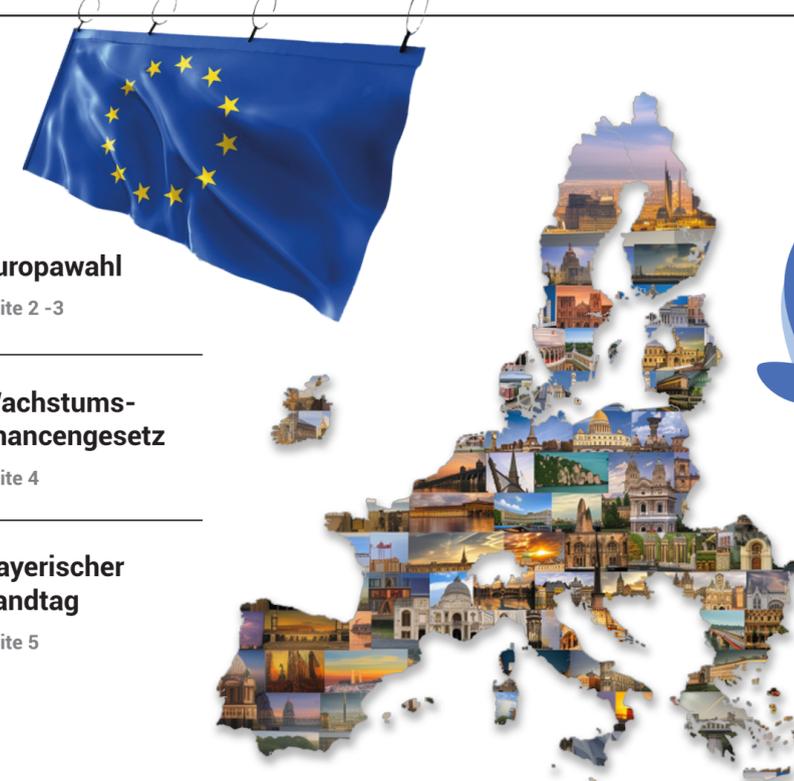
SPD-Stammtisch

Der SPD-Stammtisch findet immer am **ersten Mittwoch des Monats ab 19 Uhr im Sportstüberl an der Maffeistraße** statt, bei dem man sich in ungezwungener Runde austauschen kann. Es werden jeweils aktuelle, brennende Themen aus der Orts-, Kreis- und Landespolitik zur Diskussion gestellt. **Der nächste Stammtisch wird am 5. Juni** stattfinden, kurz vor der Europawahl.

Impressum: dielupe Ausgabe 01/2024 • Herausgeber: SPD Ortsverein Iffeldorf • V.i.S.d.P.: Hans Lang, St. Vitus-Platz 2, 82393 Iffeldorf, E-Mail: Hans.Lang56@t-online.de • Druckerei: diedruckerei.de • Layout: Michi Schröer • Redaktion: SPD Iffeldorf

dielupe

Informationen der SPD Iffeldorf 01/2024



Europawahl

Seite 2 - 3

Wachstumschancengesetz

Seite 4

Bayerischer Landtag

Seite 5

SPD Iffeldorf

Bock auf Wal?

jetzt schon ab 16!



Jumelage



Mehr als 40 Jahre Partnerschaft: Iffeldorf – Châteaubourg



Liebe Iffeldorferinnen, liebe Iffeldorfer!

Schon bei der Landtagswahl am 8. Oktober 2023 habe ich mit Genugtuung festgestellt, dass sich die Iffeldorfer Bürger fast ausschließlich für demokratische Parteien entschieden haben. Radikale oder gar demokratiefeindliche Parteien haben in Iffeldorf – fast – keine Wähler. Lassen Sie uns auch bei der Europawahl am 9. Juni wieder ein beispielhaftes Votum für ein vereintes Europa erreichen, für ein Europa des Friedens und der Freiheit, der Solidarität, des gegenseitigen Respekts und der Zusammenarbeit über Grenzen hinweg. Gehen Sie bitte zur Wahl, setzen Sie ein Zeichen für ein starkes und demokratisches Europa.

Ihr Hans Lang

Hätten Sie sich vorstellen können, dass man in Deutschland wieder auf einer Konferenz die Vertreibung von Menschen aus unserem Land diskutiert?

Nicht nur Asylbewerber, sondern auch Ausländer mit Bleiberecht und nichtasimilierte Staatsbürger, die teilweise seit Jahrzehnten hier leben? Hätten Sie sich vorstellen können, dass ein AfD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag und Mitglied im Ausschuss für Arbeit und Soziales die Remigration nicht als Geheimplan, sondern als Versprechen klassifiziert?

drucks zum Teil wenig professionelle Redner ausgewählt wurden (deren Parolen gegen Polizei und die Regierung übrigens keineswegs von allen beklatscht oder wiederholt wurden), war es eine wirkungsvolle und sehr erfolgreiche Demonstration, die wegen zu vieler(!) Teilnehmer abgebrochen werden musste.

Eindrucksvoll auf der Demo in Penzberg



Wie überall im Land fand auch in Penzberg am 4. Februar 2024 eine Kundgebung und ein Demonstrationszug statt unter dem Motto: „Penzberg bleibt bunt. Ver-eint in Vielfalt und Toleranz Für Demokratie – gegen Ausgrenzung“ Foto: Hans Mummert

Bewährungsprobe Europawahl Steht auf, sagt was und geht zur Europawahl!

Hätten Sie sich vorstellen können, dass die AfD-Fraktionsvorsitzende in einer Bundestagsdebatte vom Rednerpult brüllt: „Diese Regierung hasst Deutschland! Machen Sie den Weg frei für Neuwahlen?“

Ich hätte mir diese Entwicklung in Deutschland nicht vorstellen können. Aber auch nicht, dass im ganzen Land Millionen Menschen auf die Straße gehen und für Demokratie, Toleranz und gegen Rassismus und Ausgrenzung demonstrieren. Zusammen mit einigen Iffeldorfenern war ich in München dabei. Selbst wenn dort wohl angesichts des Zeit-

druckes zum Teil wenig professionelle Redner ausgewählt wurden (deren Parolen gegen Polizei und die Regierung übrigens keineswegs von allen beklatscht oder wiederholt wurden), war es eine wirkungsvolle und sehr erfolgreiche Demonstration, die wegen zu vieler(!) Teilnehmer abgebrochen werden musste. Eindrucksvoll auf der Demo in Penzberg

sehen, wie eindrucksvoll eine Gesellschaft für Toleranz, gemeinsame Werte, das Grundgesetz und die Demokratie antreten und Stärke zeigen kann. Es reicht aber nicht, diese Stärke einmal zu zeigen. Es muss fortlaufend geschehen und als Haltung (wieder) sichtbar werden: Aufstehen statt Wegducken, Entgegenen statt Schweigen, unwarhen Aussagen entgegnetreten, das ist jetzt erforderlich. Tag für Tag, immer wieder und an allen Orten. Jeder von uns kann Desinformationen und Stammtischparolen begegnen. Dazu braucht es ein wenig Zivilcourage und vielleicht auch etwas Hilfestellung. Wie Freiheit und Zivilcourage zusammengehen, hat Willi Brandt trefflich formuliert:

„Wo die Zivilcourage keine Heimat hat, reicht die Freiheit nicht weit.“

Boris Johnson hat eindrucksvoll und in verheerender Weise bewiesen, dass und wie man mit Unwahrheiten und dem Abwälzen eigener Fehler auf „Brüssel“ Wählerinnen und Wähler manipulieren

kann. Inzwischen hält die Mehrheit der Briten ihn für einen ausgemachten Lügner und den Brexit für einen gravierenden Fehler. **Zu spät!**

Für uns in Deutschland ist die **Europawahl am 09. Juni 2024** jetzt die erste Bewährungsprobe vor der Wahl zum deutschen Bundestag in 2025. Zeigen wir, dass wir als Deutsche in Europa unsere Demokratie, unsere Werte, unsere Freiheit und unser gemeinsames europäisches Haus zu verteidigen wissen!

Professor Dr. Wolfgang Döhl

Europawahl

Am 9. Juni zur Wahl gehen, demokratische Parteien wählen, am besten die SPD

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. In ihm sitzen 705 Abgeordnete aus 27 EU-Staaten, Deutschland stellt aufgrund der Bevölkerungsanzahl 96 Abgeordnete.

Die europäischen Abgeordneten haben sich in sieben weltanschaulichen **Fractionen** organisiert, wobei in der vergangenen Legislaturperiode die sozialdemokratische S&D-Fraktion mit 140 Abgeordneten die zweitgrößte und die EVP (Christdemokraten und Konservative) mit 178 Abgeordneten die größte Fraktion bildete. **Sorgen wir dafür, dass die SPD dazu gewinnt!** Übrigens: Die AfD hat sich mit ähnlich gesinnten europäischen Parteien mit insgesamt 59 Abgeordneten zur Fraktion der Rechtspopulisten und Rechtsextremen zusammengeschlossen. Die Europäische Union befindet sich

Wie wählt man?

- Die Wahl zum Europäischen Parlament findet statt am Sonntag, dem 9. Juni 2024
- In Deutschland wurde erstmals das Wahlalter für die Europawahl auf 16 Jahre abgesenkt.
- Jeder hat nur eine Stimme.
- Gewählt werden können die Listenwahlvorschläge der zugelassenen Parteien, d.h. die Reihenfolge der Kandidaten der Listen sind vorgegeben.
- Briefwahl ist möglich.

inmitten einer beispiellosen Bewährungsprobe. Die Krisen und Herausforderungen der vergangenen Jahre – die Corona-Pandemie, die Kriege in der Ukraine und im Nahen Osten, hohe Energiepreise und Inflation – haben die EU und ihre Mitgliedsstaaten massiv gefordert. **Einerseits** konnte die EU vielfach unter Beweis stellen, dass ihre gemeinsame Stärke einen unverzichtbaren Vorteil in einer Welt enormer globaler Herausforderungen bedeutet. **Auf der anderen Seite** sieht sich die EU in einigen Mitgliedsstaaten konfrontiert mit anti-demokratischen, nationalistischen, teils offen rechtsextremen Kräften. **Ob wir eine starke Gemeinschaft bleiben können**, ist die Frage bei der Europawahl. **Es ist eine Richtungsentscheidung.**



Unsere Spitzenkandidatin

Katarina Barley war lange Jahre Mitglied des Deutschen Bundestages und bekleidete mehrere Ministerposten, seit 2019 ist sie Abgeordnete im Europaparlament. Dort gehörte sie dem Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres sowie dem Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten an und war eine der Parlaments-Vizepräsidenten. Sie gehört seit 2021 dem SPD-Parteivorstand an.

Ganz oben auf der SPD-Liste steht auch Maria Noichl aus Rosenheim, seit 2014 für die SPD Abgeordnete im Europäischen Parlament. Dort war sie aktiv im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung sowie im Ausschuss für Frauenrechte und Gleichstellung. In Deutschland ist Maria Noichl Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen und stimmberechtigtes Mitglied im Vorstand der Bayern-SPD.



Gemeinsam können wir den Rechtsruck stoppen und unsere Demokratie stärken. Eine niedrige Wahlbeteiligung nutzt nur der AfD und ihren Gesinnungsfreunden!

Das SPD - Wahlprogramm

- Die SPD will ein starkes Europa, das unseren Frieden, unsere Freiheit und unseren Wohlstand auch in einer zunehmend unsicheren Welt schützen kann.
- Gemeinsam zeigen wir, dass konsequente Politik für Klimaschutz mit sozialer Sicherheit und gerechten Chancen Hand in Hand geht.
- In einer Welt im Umbruch muss Europa stärker denn je für eine regelbasierte internationale Ordnung eintreten. Wenn wir mit einer Stimme sprechen, sind wir stark genug, um unseren Werten und Interessen Gehör zu verschaffen.
- Auf Basis unserer gemeinsamen Werte Freiheit, Demokratie, Frieden und Gerechtigkeit wollen wir Wohlstand für viele, nicht für wenige.
- Ziel der SPD ist, die europäische Wirtschaft nachhaltig zu stützen und die Arbeitsplätze zu sichern.

Wachstumschancen gesetz

Nach dem Willen der Bundesregierung sollte das „Gesetz zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness“ so, wie es vom Bundestag am 17.11.2023 verabschiedet wurde, Wachstumsimpulse setzen, zu Investitionen ermutigen, Innovationen anschieben, Steuervereinfachungen auf den Weg bringen und die Steuergerechtigkeit steigern.

Es umfasste ein umfangreiches Bündel von Maßnahmen in den Bereichen Einkommens- und Gewerbesteuer, Körperschaftsteuer, Umsatzsteuer und Abgabeordnung, die darauf ausgerichtet waren, die Wirtschaft um 6,3 Mrd € zu entlasten, d.h. auf Steuereinnahmen zu verzichten. Da von den Einnahmeverlusten auch die Bundesländer betroffen gewesen wären, war die Zustimmung des Bundesrates zwingend erforderlich, die am 24.11.2023 jedoch verweigert wurde.

In den Vermittlungsausschuss (VA) überwiesen, geriet das Wachstumschancengesetz nicht nur zwischen die Interessen-getriebenen Mühlsteine von Bund und Ländern. Mit Aufflammen der Bauernproteste wurde von der CDU/CSU-Opposition über die von ihr geführten Regierungen der Bundesländer eine Zustimmung zum Wachstumschancengesetz zudem von der Rücknahme der Beschlüsse zur Reduktion der Steuerbefreiung auf Agrardiesel abhängig gemacht.

Ein Zusammenhang zwischen der Besteuerung von Agrardiesel für Bauern und Investitionsanreizen und Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten für Industrie, Bauwirtschaft und Handwerk erschließt sich selbst Experten nicht. Es sei denn, man nutzt dies als Druckmittel zur Selbstdarstellung oder zum Fingerhakeln in zähen und langwierigen Verhandlungen.

Angesichts dieses „destruktiven Verhaltens der Union“ (Prof. Dr. C. Fuest, ifo Institut) verwundert es nicht, dass das Gesetz von den Mühlen des VA am

23.03.2024 lediglich als Wachstumschancengesetz „light“ wieder ausgespuckt, bzw. verabschiedet wurde.

Statt der lt. Bundesregierung 6,3 Mrd € umfasst es nun lediglich noch 3,2 Mrd €. Im Gesetz enthalten sind: Verbesserte Sonderabschreibungen für kleine und mittlere Unternehmen, erweiterte Sonderabschreibungen für den Mietwohnungsneubau, eine neue, bis Ende dieses Jahres befristete, degressive Abschreibung (bis zu 20%) für bewegliche Wirtschaftsgüter und der Ausbau der steuerlichen Forschungsförderung.

Mit dem Gesetz wird aber auch die unbeabsichtigte Doppelbesteuerung von Renten vermieden und deren vollständige Besteuerung erst ab dem Renteneintrittsjahr 2058 erreicht. Im Bereich der Einkommenssteuer wird der Prozentsatz für Verlustvorträge von 60% auf 70% (für die Jahre 2024 bis 2027) angehoben und die Einführung der elektronischen Rechnung ermöglicht, um unfaire Gewinnverlagerungen ins Niedrigsteuer-Ausland leichter verfolgen zu können. Komplett aus dem ursprünglichen Entwurf gestrichen wurde die vorgesehene Klimaschutz-Investitionsprämie. Auf die Verbesserungen bei der (gewerbe-)steuerlichen Behandlung von Verlustvortrag und -rückträgen wurde verzichtet, um Länder und Kommunen weniger zu belasten. Aus diesem Grunde wurde auch auf die Anhebung der Grenze für geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG) und eine noch höhere degressive Abschreibung im Bausektor verzichtet.

Der BDI (Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.) sieht das Gesetz derart

stark beschnitten, dass keine großen Wachstumsimpulse mehr zu erwarten sind. Und der BIHK (Bayerische Industrie- und Handelskammer) erkennt unter dem Strich nur noch winzige Entlastungen für die Industrie.

Die pessimistische Tendenz dieser Sichtweise überrascht. Zum einen wurde über die Stärkung der Forschungsförderung (zusätzlich zu den Personalkosten werden nun auch Sachkosten gefördert) steuerliche Anreize für Unternehmen geschaffen und die Prozess vereinfacht. Zum anderen betreffen die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten sowohl den Wohnungsbau als auch die gesamte Industrie. Unbestreitbar ist, dass auf diese Weise direkt und unmittelbar Wachstumsimpulse gegeben werden. Saufen müssen die Pferde aber immer noch selber.

Eine Rücknahme der Beschlüsse zur Reduktion der Steuerbefreiung auf Agrardiesel findet sich in dem vom Vermittlungsausschuss verabschiedeten Gesetz übrigens nicht.

Professor Dr. Wolfgang Döhl